

Zur Bedeutung des französisch-amerikanischen Pattes.

Die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen zwischen der französischen Republik und den Vereinigten Staaten, die auf französische Initiativen zurückzuführen sind, bilden einen Schritt in der Richtung, die die gesamte Politik Briands verfolgt. Bei den Vorverhandlungen über den Verfall der Friedenspflicht hatte sich bekanntlich Briand ein formales Versprechen, die Vereinigten Staaten zum Abschluss eines Antikriegspatents mit seinen Verbündeten, namentlich mit Frankreich zu veranlassen. Auf diesen versprochenen Vertrag haben die Franzosen stets großen Wert gelegt, und als er nicht abgeschlossen wurde, haben sie dies als Grund, vielleicht auch nur als Vorwand benutzt, um nach immer neuen Sicherheiten zu rufen. Dies dürfte auch die wichtigste Ursache für den neuen Schritt Briands gewesen sein. Ferner aber haben die Amerikaner den Franzosen oft einen Vorwurf daraus gemacht, dass sie die größte Armut der Welt unterhielten; sie haben ihnen erklärt, bei den gewaltigen Militärausgaben Frankreichs könne dieses kein Entgegenkommen in der Schuldentragung erwarten. Auch gegen dieses Ausweichen der Vereinigten Staaten in der Kriegsschuldentragung bildet Briands Vorstoß einen gefährlichen Wegzug. Hinaus kommt noch, daß die französische Politik nicht gewillt ist, in der Abrüstung etwas Bedeutendes zu unternehmen. Wenn Frankreich nun seinen Friedenswillen dadurch zum Ausdruck bringt, daß es einen Sicherheitsvertrag mit Amerika abschließt, so gibt es sich dadurch zugleich ein Alibi für die in Aussicht stehenden Abrüstungsverhandlungen. Schließlich muß man aber auch anerkennen, daß die Bestrebungen Briands selbstverständlich sind, da er doch als verantwortlicher Leiter der außenpolitischen Schritte Frankreichs die Absicht haben muß, die ganze politische Lage zu konsolidieren und zu garantieren, ähnlich wie es Bismarck nach 1871 auch versucht hat.

Im Jahre 1918 hatte Frankreich mit den Vereinigten Staaten auch einen Schiedsvertrag auf zehn Jahre abgeschlossen. Dieser läuft im Februar 1928 ab. Seine Verlängerung ist natürlich bei den jetzt schwebenden Verhandlungen auch ins Auge gefaßt. Ueber die Aussichten der Verhandlungen läßt sich jetzt schon sagen, daß die Amerikaner bei ihrer bekannten Abneigung gegen irgendwelche außenpolitischen Bindungen sich voraussichtlich damit begnügen werden, falls es überhaupt noch vor den Kongresswahlen zu irgend einem Abschluß kommt, eine mehr oder weniger platonische Erklärung abzugeben und nur den Schiedsvertrag zu verlängern.

Neue Instruktionen an der Botschaft in Washington

Paris. (Frankfurt.) New York Herald will mitteilen können, daß eine neue Wendung in den französisch-amerikanischen Verhandlungen insofern eingetreten sei, als Briand getreu den französischen Vorkäufen in Washington Instruktionen gegeben habe, in denen er den Wunsch zum Ausdruck bringt, die französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsverhandlungen und die Verhandlungen wegen des Abschlusses einer allgemeinen internationalen Vereinbarung gegen den Krieg vollständig zu trennen. Briand habe um Verlagerung der Verhandlungen wegen Absetzung des Krieges ersucht.

Jiffon Parker Gilberts in Paris.

Die Frage der Schuldenerregung.

New York. Parker Gilbert setzte nachmittags seine Besprechungen mit Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg fort, nachdem er vorher auch mit Vizepräsident Dawes verhandelt hatte. Staatssekretär Mellon war bei sämtlichen Verhandlungen zugegen. Parker Gilbert reiste am Montag nach New York ab. Er wird auf seiner Rückreise nach Deutschland über Paris fahren.

Die Washingtoner Blätter sprechen davon, daß Gilbert unter Umständen eine Botschaft Americas an Frankreich überbringen wird, daß aber der Gegenstand dieser Botschaft nicht anders sein kann als die Schuldfrage. Wenn man die Einstellung der amerikanischen Regierung, die auch dann nicht geändert werden kann, wenn sie selbst es will, berücksichtigt, so kann das nur bedeuten, daß Parker Gilbert im Namen der amerikanischen Regierung in Paris erklären soll, daß die amerikanische Regierung eine Verbindung zwischen Reparations- und Schuldfrage nicht zulassen kann, daß auch an eine weitere Herabsetzung der französischen Schulden nicht gedacht werden könne.

Gespannte Erwartung in Berlin.

Berlin. Nach den hier vorliegenden Meldungen kehrt der Reparationsagent morgen Freitag von seinem Weihnachtserlaub nach Berlin zurück.

Da Gilbert bekanntlich keinen Urlaub in den Vereinigten Staaten dauern dürfte, um mit dem Präsidenten, dem Staatssekretär Mellon, dem Staatssekretär Kellogg, dem General Dawes und verschiedenen führenden Finanzleuten der Union zu verhandeln, so sieht man begreiflicherweise in Berliner politischen und parlamentarischen Kreisen seiner Rückkehr mit größter Spannung entgegen.

Wie wir hören, richtet sich das Hauptinteresse auf das, was Parker Gilbert in Amerika über Revisionen von Reparationsleistungen, Amortisation und das Verhältnis zwischen Reparationsleistungen und allhöchsten Kriegsschulden besprochen hat, alles Fragen, die, wie man weiß, während seines Urlaubes Gegenstand heftigster Debatten hierseits und jenseits des Ozeans waren.

Wie uns weiter von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürfte der Bericht Parker Gilberts im Reichstage besprochen werden.

Um die bevorstehenden Wahlen.

Reichstagswahlen Anfang November, Landtagswahlen im Dezember?

Da, zu der lebhaften Diskussion in der Öffentlichkeit über die Frage, ob die Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag früher als befristungsgemäß durchgeführt werden, wird dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erklärt, daß allein die Sozialdemokraten und Kommunisten für vorzeitige Auflösung eintreten, während sämtliche bürgerlichen Parteien, im Reich sowohl wie in Preußen, gewillt sind, die Parlämentarische eine natürlichen Todes sterben zu lassen. Das würde bedeuten, daß Ende Oktober oder Anfang November zum Reichstag und im Dezember zum Preussischen Landtag gewählt werden muß. Die viel diskutierten Erklärungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann zugunsten früherer politischer Wahlen werden in den erwähnten Kreisen nennenswerth als innerpolitisch gewertet. Man erblickt darin den Versuch, durch Ankündigung

1928 droht eine Krise im Wohnungsbau.

Keine Mietssteigerung am 1. April.

Berlin. Zu der in Mietertreffen verbreiteten Befürchtung, daß am 1. April 1928 abermals eine Steigerung der Mietpreise eintreten werde, wird dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger an unterrichteter Stelle versichert, daß eine solche abermalige Steigerung zu dem genannten Termine für die Wirtschaft untragbar sein würde, zumal naturgemäß dabei die Rückwirkungen auf die Konsumenten, auch in ihrer Eigenschaft als Lohn- und Gehaltsempfänger in Frage kommen. Eine Mietssteigerung wird daher am 1. April 1928 nicht eintreten.

Daneben ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt, wie dem Nachrichtenbüro weiter von berufener Seite erklärt wird, für das Jahr 1928 als kritisch zu bezeichnen. Das am 31. März in seiner Gültigkeit ablaufende Hauskindervergesetz wird zwar ohne weiteres verlängert werden und dürfte auch 1928 allein in Preußen dem Wohnungsbau etwa sechshundert Millionen Reichsmark zuführen. Diese Mittel sind aber nur für zwei Hypotheken bestimmt, während dem privaten Geldmarkt die Mittelbeschaffung für die ersten Hypotheken überlassen bleibt. Der private Kapitalmarkt steht sich aber 1928 vor einer recht unangünstigen Lage. Der Pfandbriefmarkt ist in der letzten Zeit völlig ins Stocken geraten. Die Sparbanken, die 1927 in sehr reichlichem Umfange ihre Gelder dem Wohnungsbau zur Verfügung stellten, werden nun vornehmlich den Gemeinden beizuhelfen müssen, für deren Sonderbedürfnisse der Auslandskapitalmarkt jetzt so gut wie gesperrt ist. Es bleiben deshalb für den Wohnungsbau nur zwei Hilfswege: Einmal, daß das Reich in der Lage ist, seinen sogenannten Zwischentreidfonds von

früherer Reichstaatsauflösung das Zentrum zu Konsessionen für die Volkspartei beim Reichs-Schulgesetz zu gewinnen, dessen Verabschiedung noch in diesem Reichstage dem Zentrum erwünscht ist. Weiter soll man im Reichs unbedingte die Straßreform durchführen.

In Preußen sollen die bürgerlichen Parteien, wie das Nachrichtenbüro weiter erklärt, die im Mai, spätestens im Juni durchzuführenden Kommunal- und Kreisparlamentswahlen nicht von den politischen Wahlen veranlassen, weil bei den früheren die Gewinne im bürgerlichen Lager weniger stark sind und so durch Wählerverbindungen der Stimmenspaltung wirksam begegnet werden könnte.

Übrigens sollen die preussischen Regierungsparteien im Einklang mit der Regierung nach vor den Kommunalwahlen den Landtagsbeschlüssen auf Aufhebung der Gutsbezirke in die Tat umsetzen, damit die Einwohner der Gutsbezirke bereits bei diesen Kommunalwahlen mitstimmen können.

Der argentinische Außenminister in Berlin.

Der argentinische Außenminister Angel Gallardo, der sich zur Zeit auf einer Rundreise durch Europa befindet, wird am Donnerstag zu einem kurzen Besuch in der Reichshauptstadt eintreffen. Das außerordentlich große Programm der Empfangsfeierlichkeiten zeigt, daß die deutsche Regierung gewillt ist, bei jeder Gelegenheit den heraldischen Beziehungen, die Deutschland zum argentinischen Volke geknüpft hat, nachdrücklichsten Ausdruck zu verleihen. Unsere Beziehungen zu Argentinien gründen sich keineswegs nur auf einen politisch-diplomatischen Verkehr der beiden Regierungen, sondern wohl in der Hauptsache auf enge Zusammenhänge kultureller und wirtschaftlicher Art, die sich sowohl im Weltkrieg, als auch besonders in den Jahren nach dem Zusammenbruch Deutschlands aufs beste bewährt haben. Der argentinische Außenminister Gallardo ist kein „juniorer“ Diplomat. Schon bevor er sich seinem Staat als Politiker zur Verfügung stellte ist sein Name als Wissenschaftler weit über die Grenzen Argentiniens bekannt geworden. Als Zoologe hat er zahlreiche Abhandlungen über die Tier- und Pflanzenwelt von Buenos Aires herausgegeben. Sein Schulbuch über die Zoologie hat in allen spanisch sprechenden Ländern großen Umfang gefunden. Dr. Gallardo war lange Jahre Leiter des Natur-Museums in Buenos Aires. Er wurde dann Vizepräsident des Consejo Nacional de Educacion. Nach seinem Uebertreten zur Diplomatie wurde er zunächst der Vertreter seines Landes in Rom, nach der letzten Regierungsbildung in Argentinien übernahm er das Ressort des Außenministers.

Um das Bauprogramm der Reichsbahn.

Berlin. (Telunion.) Um einer kreislaufenden Auslegung der durch die Presse gegebenen Mitteilungen über ein Reichsbahnbauprogramm vorzubeugen, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Der Reichstag hatte in seiner letzten Sitzung am 20. März 1927 die Reichsregierung ersucht, für das Haushaltsjahr 1927 wiederum ein einheitliches Reichsbahn-Bauprogramm aufzustellen und ihm zur Finanzierung und praktischen Durchführung desselben Vorschläge zu unterbreiten. In Erledigung dieser Entscheidung ist eine Zusammenstellung derjenigen Linien ausgearbeitet worden, welche für einen Ausbau in Frage kommen, wenn sich die Finanzierung eines Bauprogramms im größeren oder in kleinerem Rahmen ermöglichen lassen sollte. Zu welchem Zeitpunkt sich eine solche Finanzierungsmöglichkeit ergeben wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

Die Autonomienfrage im Elsaß.

Wenn man sich diese ganze Aktion, die die Pariser Regierung seit geraumer Zeit im Elsaß verfolgt, vor Augen hält, dann wird man sehr schnell zu der Erkenntnis kommen, daß dieses Vorgehen sich nicht „von ungefähr“ ergab, sondern, daß es ganz bestimmten Erwägungen und schließlich auch innerpolitischen Gründen entsprang. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, daß diese ganzen Autonomienverleugungen im Elsaß in der Hauptsache nur zu dem Zwecke unternommen werden, um den Streifen, die hinter Oeser Volcanos stehen, ein dienliches Material für die kommenden Wahlkämpfe zu liefern. Die französischen Behörden im Elsaß wollen, wie das aus allen Anzeichen hervorgeht, unter allen Umständen einen Beweis in die Hände bekommen, daß die Heimatabewegung im Elsaß nicht aus der Initiative des Volkes selbst entstanden sei, sondern durch eine Agitation von außen. Mit diesem „außen“ ist selbstverständlich nur Deutschland gemeint. Sämtliche Rechtsleistungen der Seinerhaupteinstadt sind sich darüber einig, daß das Vorgehen der französischen Justiz und der Polizei gegen die elsässischen Autonomisten durch „auf die Loslösung des Elsaß berechneten Nachrichten einer deutschen Vorgangsliste“ gerechtfertigt sei. Deshalb bei dieser politischen Brunnenervergiftung vor allen anderen, Pariser Zeitungen der „Temps“ hervortut, braucht nicht weiter zu erstaunen.

zweihundert Millionen aus eigenen Mitteln oder mit inländischer Hilfe zu erhöhen, oder aber der Auslandskapitalmarkt. Sollte es nicht gelingen, einen dieser Wege zu beschreiten, so müßte allerdings, wie die Verhältnisse liegen, mit einer ersten Krise auf dem Bauplatz gerechnet werden. Man darf dabei nicht übersehen, daß das Baugewerbe ein Schlüsselgewerbe darstellt, das, wenn es beschäftigungslos ist, auch Erwerbslosigkeit in einer großen Anzahl anderer Industrien hervorruft. Und es wäre die Frage, ob es ratsamer ist, Mittel zur unproduktiven Unterhaltung der neuerlich erwerbslos werdenden Arbeiter auszugeben, oder ob nicht doch Auslandskapital für den Wohnungsbau als produktive Anlage betrachtet werden kann. Um der letzteren Erkenntnis zum Siege zu verhelfen, werden die in Betracht kommenden preussischen Stellen jedenfalls versuchen, die Wenden des Reichsbankpräsidenten gegen kommunale Auslandsanleihen, besonders für den Wohnungsbau, zu mildern.

In diesen Tagen wird das Ergebnis des Wohnungsbauens für Preußen aus 1927 festgestellt. Schon jetzt kann gesagt werden, daß seit 1924 im Jahre 1927 die höchste Bauaktivität erreicht worden ist. Sie wird selbst noch höher sein als die des Jahres 1926, wo im Reich 205.000, in Preußen allein 130.000 neue Wohnungen errichtet worden sind. Nach dem bisherigen Stande der Dinge aber muß mit Bedauern festgestellt werden, daß im Jahre 1928 höchstens 150.000 Wohnungen neu gebaut werden könnten. Interessant ist dabei noch, daß im einzelnen Preußen, das der Bevölkerungsziffer nach drei Fünftel des Reichs darstellt, für den Wohnungsbau dreiviertel der Reichsmittel aufbringt.

So meldet er auch in diesen Tagen, daß die vom Untersuchungsrichter vorgenommene Prüfung der beschlagnahmten Akten den „unüberlebenslichen Beweis“ für eine deutliche Einmischung erbracht habe. Als Beleg für diese Behauptung zitiert die Zeitung einen angeblich von einem Deutschen an einen der autonomen Führer gerichteten Brief in dem die Frage gestellt werde, ob die Vorbereitung der im Elsaß in Aussicht genommenen „katholischen Weiser“ nunmehr abgeschlossen sei. Es erwidert sich über diese falsche Beweisführung des „Temps“ ein Wort zu verlieren. Ob angesichts des so flüchtigen Materials, das die Hausleitungen im Elsaß zu Tage fördern, die nationalpolitischen Parteien in Frankreich hoffen dürfen, mit ihrer Aktion eine am weitesten gehende Wahlparole zu erhalten, dürfte wohl als zweifelhaft sein. Die letzten Wochen dürften jedenfalls dem elsässischen Volk die Erkenntnis gebracht haben, was es bei seinen Kulturforderungen in Paris zu erwarten hat.

H. Snowden über die Krise des Dawesplanes.

London. Philip Snowden, der im Kabinett MacDonald Schatzkanzler war, schreibt in der Financial Times, im neuen Jahre seien die Nachrichten der Welt in finanzieller und industrieller Beziehung günstiger als seit vielen Jahren, wenn politische Unruhen auf dem Kontinent vermieden werden könnten. Er macht besonders auf die Zunahme der internationalen Verschmelzungen aufmerksam und betont, daß der Nachteil der Handelsbarrieren und der hohen Zölle immer stärker erkannt werde und sagt, diese Tendenzen seien unaufhaltsam, auch wenn der Fortschritt langsam sein sollte. Ferner führt Snowden aus, Deutschland wird vielleicht während der nächsten zwölf Monate eine schwierige Zeit durchmachen. Der Dawesplan tritt in ein kritisches Stadium. Die furchtbare Warnung des Generalagenten für Reparationszahlungen entbehrt nicht der Grundlage. Aber Deutschlands Stellung ist schwierig und in manchen Beziehungen unzulässig. Wenn die Reparationszahlungen erfolgen sollen, dann kann dies nur geschehen durch Ausdehnung des deutschen Ausfuhrhandels. Die Bedürfnisse der deutschen Industrie haben erheblich zugenommen, besonders in den Vereinigten Staaten notwendig gemacht. Deutschlands Verdrängung gegenüber fremden Ländern in dieser Beziehung hat es schwieriger gestaltet, die Reparationen zu transferieren, ohne die Stabilität des deutschen Wechselkurses und der deutschen Währung zu gefährden. In dieser Lage muß Deutschland im Innern Sparmaßnahmen bei seinen Ausgaben üben, die aber der Ausdehnung seines Ausfuhrhandels nicht helfen wird. Erst internationaler Schwierigkeiten politischen Charakters können entstehen, wenn der Dawesplan zusammenbricht und wenn der Nachweis möglich wird, daß Deutschland zu dieser Lage beigetragen hat, indem es auswärtige Verpflichtungen eingibt, die für seine kommerzielle Entwicklung nicht unbedingt notwendig waren.

Der Dank des Kapitäns Kirchels.

Samburu. (Telunion.) Kapitän Kirchels bittet um Veröffentlichung folgenden Dankes:

Bei der gewaltigen Fülle von Telegrammen, Blumenpenden und Geschenken, die meiner Mannschaft und mir zur Rückkehr von der Weltumsegelung in so lieber, unerwarteter Weise aus allen Wägen Deutschlands und allen Ländern der Welt überreicht wurden, ist es mir leider nicht möglich, jedem einzelnen zu danken. Ich drücke daher jedem auf diesem Wege die Seemannshand und danke der Regierung, den Behörden, der Bevölkerung und dem Empfangscomitee aus vollem Seemannsherzen für den überaus herzlichen und begeisterten Empfang.

Zum Unglück von S 4.

Washington. Präsident Coolidge trägt sich mit dem Plan, entsprechend den bereits in der Öffentlichkeit erörterten Vorschlägen, einen Sonderausflug zu unternehmen, der die Katastrophe des Unterseebootes S 4 untersuchen soll.

Washington. Der Abgeordnete Laguardia, der New York im Repräsentantenhaus vertritt und beabsichtigt hatte, die Regierung scharf anzugehen, weil es nicht gelungen ist, die Ueberlebenden von S 4 zu bergen, hat auf Grund der Eindrücke einer 30 stündigen Fahrt an Bord des Tauchbootes S 8, bei der sämtliche Wände ausgeföhrt wurden, seine ursprüngliche Absicht aufgegeben. Er erklärt, er habe festgestellt, daß alles Mögliche getan worden ist, um die im Bruch der S 4 Eingeschlossenen zu retten, und er werde von nun an für den Bau größerer Tauchboote und für höhere Löhne für die braven Seeleute eintreten, die täglich in diesen Fahrten ihr Leben auf Spiel setzen.

Die ersten Leichen geborgen.

New York. (Tel.) Die am Bruch des Unterseebootes S 4 arbeitenden Taucher haben gestern aus dem gesunkenen Unterseeboot die ersten drei Leichen ans Tageslicht gebracht.